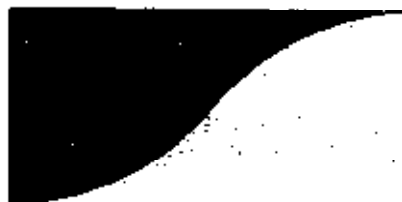


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, S300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846-48 ppbn d



Inhalt

33. Jahrgang / 127

6. Juli 1978

Rudi Adams MdB/MdEP, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, begrüßt die endgültige Einigung über die Direktwahl zum Europäischen Parlament im Juni 1979.

Seite 1-3

Hans Urbaniak MdB, Vorsitzender der Arbeitsgruppe "Ausländische Arbeitnehmer" der SPD-Bundestagsfraktion und stellv. Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AFA), berichtet über die Maßnahmen zur Hilfe für Ausländerkinder.

Seite 4/5

Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB, Vizepräsident des Deutschen Bundestages, würdigt Helene Wessel, die heute 80 Jahre alt geworden wäre.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

Europaparlament bekommt demokratische Legitimität

Forum der europäischen Gesellschaft an der Schwelle zum dritten Jahrtausend

Von Rudi Adams MdB/MdEP
Vizepräsident des Europäischen Parlaments

In Luxemburg wurde der letzte Akt der Festschreibung einer Direktwahl des Europäischen Parlaments vollzogen. Im 21. Jahr der Römischen Verträge und nach 18jährigen Bemühungen um eine direkt gewählte parlamentarische Vertretung der Völker der Europäischen Gemeinschaft hat das Europäische Parlament auf seiner Luxemburger Sitzung den Terminvorschlag des Ministerrats einstimmig gebilligt und somit den endgültigen Startschuß für die Europawahl 1979 gegeben.

Nach mehr als 20 Jahren Römischer Verträge wollen wir in knapp einem Jahr einem der wichtigsten Ziele unserer Europa-Politik einen entscheidenden Schritt näherkommen - der Demokratisierung der Europäischen Gemeinschaft durch allgemeine und unmittelbare Wahlen zum Europäischen Parlament. Wird diese Demokratisierung allein schon durch die Tatsache der Wahl gelingen?

Ich fürchte - nein. Mit Unbehagen stellen wir fest, wie sehr diese supranationale Gemeinschaft im Laufe der Jahrzehnte zum entwickelten Feld weniger hochqualifizierter Experten geworden ist. Ihre Ziele und Regeln sind den meisten von uns im Grunde unbekannt. Hier zeigt sich, daß Demokratie eben mehr ist als ein Verfahren zur Erlangung und Ausübung von Macht.

Europawahlen und Europawahlkampf erinnern alle unsere Parteien nun daran, eine Politik nach den Bedürfnissen aller Bürger auszurichten und nicht nur wenige Gruppen zu vertreten. Insofern sind sie schon heute Ausgangspunkt für das Überdenken der wichtigsten Ziele und Wege unserer Gemeinschaftspolitik.

Unsere Mitgliedschaft hat uns großen wirtschaftlichen Nutzen gebracht: Der Handel mit den EG-Partnern hat sich verzehnfacht und beträgt 45 Prozent unserer Ausfuhr. 1976 hat allein der deutsche Handelsbilanz-Überschuß gegenüber den Gemeinschaftsländern rund 200.000 deutsche Arbeitsplätze erhalten und damit der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit über zwei Milliarden DM Ausgaben erspart und der Deutschen Rentenversicherung ein Einnahmepplus von einer Milliarde verschafft.

Europa ist für uns mehr als eine anonyme Bürokratie, Europa ist für uns mehr als ein undurchschaubarer Subventionsmechanismus für die Landwirtschaft. Europa ist für uns mehr als ein gigantischer Verschiebehahn für Güter und Dienstleistungen und Europa ist für uns nicht der Ort, an dem sich die Vorzüge des einen Mitgliedstaates an den angeblichen Schwächen des anderen profiliert.

Wir müssen Europa herausholen aus den wolkigen Allgemeinheiten von Bruttosozialprodukt-Vergleichen und volkswirtschaftlichen Verflechtungszwängen. Die Europäische Gemeinschaft verfügt über 30 Milliarden DM eigene Einnahmen. Diese Summe wird weiter steigen. Die 7 - 8 Milliarden, die wir jährlich nach Europa geben sind weniger als das jährliche Defizit der Deutschen Bundesbahn.

Aber das alles geschieht ohne das Gegengewicht eines direkt gewählten Parlaments. In Europa hat die Demokratie Siege gefeiert - in Portugal, Griechenland, Spanien. Die Europäische Gemeinschaft selbst hat ein Defizit an Demokratie. Sie kann mit den Wahlen ein neues Kapitel seiner Geschichte aufschlagen. Diese Wahlen werden die Völker auch politisch enger zusammenbringen. Europa als politisch, wirtschaftlich und kulturell gewichtiger Kontinent hat nur in der Gemeinschaft eine Zukunft. Als Kontinent der Kleinstaaterei hätte es auch für die kommende Generation nur eine Vergangenheit.

Was soll hinter den Wahlen stehen? Eine intensivere Integration auf den bereits bestehenden Grundlagen oder eine neue politische Qualität? Behalten wir in Luxemburg ein Parlatorium oder erhalten wir ein Parlament? Ein Parlament kann nur im Rahmen einer konkreten konstitutionellen Ordnung wirklich arbeiten. Eine Verfassung aber kann ein Gemeinwesen nicht schaffen, sondern nur die Spielregeln umreißen.

Dennoch: Wir wollen mit Europa keinen neuen Superstaat schaffen. Wir wollen das Gegenteil von einem Europa der Bürokratie, die sich wie Mehltau über die Eigenständigkeit und Eigentümlichkeiten unserer europäischen Kultur legt. Europa heißt nicht weniger, sondern mehr Beteiligung der Bürger am politischen Geschehen.

Die Entwicklung der Produktionskräfte im 19. und 20. Jahrhundert, in der Technologie, im Verkehr, in der Wirtschaft bis hin zu den multinationalen Konzernen, auch in der Entwicklung unserer Städte: Überall beobachten wir die Entwicklung zum größeren, zum immer stärkeren Verband, zu immer größerer Macht, zu immer größerer Produktionseinheit. Auch die Strukturen des weltpolitischen Gefüges weisen in diese Richtung.

Auch Europa wird sich nur durch echtes Zusammenwirken behaupten können. Nationale Parlamente und Regierungen müssen an die Nationen gerichtete Erwartungen erfüllen. Sie haben nationale Aufträge und Ziele. Sie erhalten ihr nationales Mandat, weil und solange sie nationale Interessen optimal verfolgen und diese nicht supranationalen Perspektiven opfern. Je notwendiger supranationale Strukturen werden, desto heftiger wird in aller Regel das Ringen gerade der schwächeren Nationen um Souveränität und Souveränitätsvorbehalte.

Souveränität - das sind Hoheitsrechte und hoheitliche Gewalt gegenüber dem Bürger. Der Staat rechtfertigt sie durch das Versprechen, seinen Bürgern Schutz ihrer Rechte, eine gute wirtschaftliche Zukunft, soziale Sicherheit, innere und äußere Sicherheit zu gewährleisten.

Kann ein Staat, auch die Bundesrepublik, solche Versprechen in einer Zeit höchst wirksamer transnationaler Wirtschaftshilfen oder Währungszusammenarbeit halten? Wieviele ihrer nicht nur nach außen, sondern auch nach innen wirkenden Hoheitsrechte haben diese Staaten nicht schon als Teil-Souveränität an internationale oder supranationale Organisationen abgetreten?

Auf jenen Ebenen herrschen unumschränkt Regierungen, Verbände und gewisse Gutwillige - Bürokraten. Dies gilt es zu ändern. Die Entwicklung zu immer größeren Gebieten unseres gesellschaftlichen Lebens bedarf eines Gegengewichts in Beteiligung, Mitwirkung, Demokratisierung.

Die höchstmögliche Beteiligung möglichst vieler an möglichst allem ist unerlässlich, wenn die industrielle Gesellschaft im letzten Viertel unseres Jahrtausends, wieder menschliches Maß gewinnen soll. Bürgernähe durch wirksame Beteiligung. Dies ist das Prinzip, das für alle Lebensbereiche des neuen Europa gelten muß.

Europa darf nicht weniger, sondern es muß mehr Bürgernähe bringen. Dies setzt Information und Engagement voraus. Europäische Entscheidungen müssen in voller Transparenz gefällt und in einer Form präsentiert werden, die der Bürger auf der Straße und zu Hause verstehen kann. Wo heute auf europäischer Ebene zentrale Entscheidungen fallen, ist das demokratische Prinzip außer Kraft gesetzt.

Die Verlagerung politischer Entscheidungen aus dem parlamentarischen Raum ist heute auf alle, bis in die Gemeinden, am stärksten aber auf europäischer Ebene zu beobachten. Aber wir dürfen nicht europäisch verlieren, wofür wir national gekämpft haben.

Wer die Arbeit des Europäischen Parlaments aus der Nähe beobachtet, wird feststellen, daß wir mit aller Energie und Hartnäckigkeit am inneren Ausbau der Gemeinschaft arbeiten. Daß es dem Parlament besser als dem Ministerrat gelingt, seine Entscheidungen am gesamt-europäischen Fortschritt und nicht am nationalen Einzelinteresse oder gar Prestige auszurichten.

Hier müssen die Abgeordneten schon heute in transnationalen politischen Fraktionen arbeiten und sich daher mit Europa identifizieren. Hier werden im echten Sinne europäische Entscheidungen gefunden zugunsten einer Integration, für die die Römischen Verträge heute teilweise nicht mehr eine ausreichende Grundlage bieten. Die Verträge von Rom sehen gerade diejenigen Bereiche nicht vor oder klammern sie gar aus, die heute und mehr noch in Zukunft im Zentrum unserer Besorgnisse stehen: insbesondere die Sozialpolitik und die Beschäftigungspolitik.

Europa ist nicht menschlich und nicht sozial, solange ein "Riesenheer von Industrienomaden" als Gastarbeiter in ganz Europa nicht freiwillig, sondern aus Not auf der Suche nach einem Arbeitsplatz herumirren muß. Europa kann und muß das Zeichen der Hoffnung setzen auch für die Millionen armer und sozialentrechteter Menschen auf diesem Kontinent. Ein Zeichen der Hoffnung auch für die Jugendlichen, die wir nicht abdriften lassen dürften in Verbitterung neu aufkommender nationalistisch-reaktionärer oder aggressiv-utopischer Isolation.

Ähnliches gilt für die Entwicklung einer "EG-Charta der Bürgerrechte", oder für eine tragfähige Politik der Solidarität im Nord-Süd-Dialog - um nur einige wenige Beispiele zu nennen.

Die Europäische Gemeinschaft muß sich dem Bürger gegenüber als der Ort ausweisen, von dem aus sein tägliches Leben und seine Zukunft auf einen befriedigenden Weg gebracht werden. Das Europäische Parlament muß den Rat und die EG-Kommission dabei nicht nur unterstützen, es darf sich im Ringen um die zentrale politisch-moralische Legitimität von niemandem übertreffen lassen. Ohne diesen Nachweis können wir kein Engagement der Bürger für die Direktwahl erwarten. Dadurch würde vielleicht sogar die Legitimations-Grundlage des direkt gewählten Parlaments geschmälert werden.

Die Organe der Gemeinschaft und die politisch Verantwortlichen sind heute vor die Aufgabe gestellt, für die europäische Integration stabile politische Strukturen zu entwickeln und dann neue Rechtsformen für sie zu finden. Über die Finalität dieser politischen Strukturen gilt es daher nachzudenken.

Das Europäische Parlament wird nach seiner ersten Direktwahl nicht über mehr Befugnisse verfügen als bisher. Es wird aber hoffentlich mehr sein, als nur die Fortsetzung der nationalen Parlamente mit europäischen Mitteln, sondern auch die großen Fragen der Gesellschaft unserer Zeit - die natürliche Umwelt für unsere und die künftigen Generationen, den Ausgleich von wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt mit begrenztem Wachstum bei geringer werdenden Ressourcen, zu europäischen Konzeptionen zusammenfügen. Es kann das Forum für die großen Fragen der europäischen Gesellschaft an der Schwelle zum dritten Jahrtausend werden.

(-/6.7.1978/bgy/hgs)

Hilfe für Ausländerkinder

Antworten auf dringende soziale Fragen

Von Hans Urbaniak MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe "Ausländische Arbeitnehmer" der SPD-Bundestagsfraktion

Von Zeit zu Zeit wendet sich die Aufmerksamkeit einer interessierten Öffentlichkeit diesem oder jenem brennenden Problem zu. Auslösend sind dazu meistens sozial engagierte Gruppen unserer Gesellschaft. Soweit dieses Engagement aufrichtig und selbstlos ist, verdienen die so Handelnden Respekt und Unterstützung.

Ein trauriges Beispiel aber bietet die Ausländerpolitik der sich "christlich" nennenden Parteien. Jahrelang ruht jegliches Interesse ihrer Vertreter, bis sie in großen Abständen beifallheischend vor die Öffentlichkeit treten. Vor kurzem geschah dies durch einen Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Thema "Zukunftschancen der Kinder ausländischer Arbeitnehmer". Vertreter unserer Fraktion haben im Plenum des Deutschen Bundestages dazu Antwort gegeben.

Darüber hinaus erfolgte durch gutes Zusammenwirken von SPD-Abgeordneten und Bundesregierung eine Darstellung bereits wirksamer Maßnahmen für Kinder ausländischer Arbeitnehmer im Rahmen der bisherigen Ausländerpolitik. Besondere Hervorhebung verdienen dabei folgende Punkte:

- Die Neuregelung des Aufenthaltsrechtes, die nach dem derzeitigen Stand des Verfahrens am 1. Oktober 1978 in Kraft treten dürfte, ermöglicht ausländischen Arbeitnehmern und ihren Kindern - wenn sie schon längere Zeit im Bundesgebiet verweilen - einen gesicherten langfristigen Aufenthalt und stellt damit eine wichtige rechtliche Voraussetzung für verstärkte Integrationsbemühungen und deren positive Aufnahme durch die Ausländer dar.
- Hilfen für Kinder von Ausländern setzen bereits in den Abgangsklassen der allgemeinbildenden Schulen in Form einer allgemeinen Berufsorientierung ein. Bei sprachlichen Verständigungsschwierigkeiten werden in der Regel die Sozialbetreuer der betroffenen Nationalitätengruppen beteiligt.
- Die Bundesanstalt für Arbeit hat eine Informationsschrift "mach's richtig" für ausländische Schüler, Jugendliche und deren Eltern in italienischer, spanischer, griechischer, türkischer und jugoslawischer Sprache herausgebracht.
- Die besonderen Integrationsmaßnahmen für Kinder ausländischer Arbeitnehmer sind verbessert und ausgeweitet worden. So hat die Bundesregierung die von ihr geförderten außerschulischen Maßnahmen in Form von Hausaufgaben- und Freizeithilfen gegenüber 1976 fast verdreifacht und durch Absprache mit den Ländern eine wirksame Integrationshilfe aufgebaut, durch die im Jahre 1978 voraussichtlich über 10.000 Kinder erfaßt werden.
- Mit besonderem Nachdruck wird sich der beruflichen Integration der arbeitslosen ausländischen Jugendlichen ohne Hauptschulabschluß angenommen. Der Schwerpunkt der

Förderung liegt in den Maßnahmen zur sozialen und beruflichen Eingliederung, die von Bund und Ländern finanziert sowie inhaltlich und organisatorisch vom Sprachverband "Deutsch für ausländische Arbeitnehmer e.V." koordiniert werden. Diese Maßnahmen sollen die ausländischen Jugendlichen durch den Abbau von Sprach- und Bildungsdefiziten sowie durch sozialpädagogische Hilfen und Berufsorientierung für ein Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis bzw. für die Teilnahme an den berufsvorbereitenden Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit befähigen. Das Programm, das in enger Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Arbeit durchgeführt wird, wird zur Zeit bundesweit in 66 Kursen mit ca. 1.000 Jugendlichen erprobt. Ab Herbst 1978 soll das Programm auf über 2.000 Teilnehmer ausgeweitet werden.

- Die sprachlichen und beruflichen Fortbildungsmaßnahmen, die für Ausländer berufsbegleitend angeboten werden, wurden auch für ausländische Jugendliche geöffnet. Bereits 1977 haben an dieser Maßnahme, die von Bund und Ländern gemeinsam gefördert wird, über 1.700 ausländische Jugendliche bis zu 21 Jahren teilgenommen.
- Große Bedeutung wird der stärkeren Ausrichtung der Sozialberatung auf die Integrationsproblematik der zweiten Ausländergeneration unter Einbeziehung der Eltern beigemessen. Erstmals im Haushalt 1978 stehen für eine entsprechende Jugend- und Elternarbeit 2,5 Millionen DM Bundesmittel zur Verfügung. Darüber hinaus werden im Rahmen der Jugendhilfe mehrere Modelle mit dem Ziel gefördert, die allgemeine Jugendarbeit stärker auch auf die ausländischen Kinder übertragen zu können.
- Die Bundesregierung hat im Zusammenwirken mit den Regierungen der Entsendeländer Expertenkommissionen für den Unterricht der ausländischen Kinder in der Bundesrepublik eingesetzt, die ihre Arbeit bereits aufgenommen haben. Die Federführung für die deutsche Seite liegt beim Auswärtigen Amt. Es bestehen zur Zeit eine deutsch-griechische, eine deutsch-italienische, eine deutsch-jugoslawische und eine deutsch-türkische Kommission.
- Bund und Länder fördern zahlreiche Modellversuche und Forschungsvorhaben, die der besseren schulischen Eingliederung von ausländischen Kindern dienen. Ergebnisse dieser Arbeit wurden in Veröffentlichungen ausgewertet und bekanntgemacht.

Alle diese Maßnahmen verdienen Anerkennung; besonders aber die vielen freiwilligen und ehrenamtlichen Helfer, die diese Politik in wirksame Praxis umgesetzt haben. Die Sozialdemokratische Partei und ihre Bundestagsfraktion wird ihrer Tradition treu bleiben: Solidarität mit allen, die der besonderen Hilfe durch die Gesellschaft bedürfen.
(-/6.7.1978/vo-he/hgs)

Brückenschlag zur katholischen Kirche

Helene Wessel wäre heute 80 Jahre alt geworden

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Aus der Zeit, als es nur sehr wenige Frauen in der Politik gab, bleibt uns die Erinnerung an Helene Wessel, an eine Frau, die eine beispielhafte Politikerin war.

Ausgebildet zur Jugend- und Wirtschaftsfürsorgerin, arbeitete sie von 1913 bis 1915 als Büroangestellte und von 1915 bis 1928 als Parteisekretärin der Zentrumspartei in Dortmund-Hörde, der die junge Katholikin sich inzwischen angeschlossen hatte.

1926 wurde sie in den Preussischen Landtag gewählt, ihm gehörte sie bis 1933 an. Am 15. Oktober 1949 wurde die stellvertretende Vorsitzende mit 95 Prozent der Delegiertenstimmen auf dem 6. Parteitag der Deutschen Zentrumspartei mit dem 1. Vorsitz dieser Partei betraut. Dies war ein einmaliger Vorgang in der bisherigen Geschichte deutscher Parteien: Helene Wessel wurde mit dieser Wahl die erste deutsche Frau, der die Spitzenfunktion einer Partei übertragen wurde.

Mit dem verstorbenen Bundespräsidenten Dr. Dr. Gustav Heinemann rief Helene Wessel im November 1951 die "Gesamtdeutsche Volkspartei", GVP, ins Leben. Es verstand sich von selbst, daß sich Helene Wessel unter diesen Umständen von der Deutschen Zentrumspartei löste.

Im Mai 1957 löste sich die GVP wieder auf. Wie auch Dr. Heinemann, trat Helene Wessel nunmehr zur SPD über.

Ihre Herkunft aus dem katholischen Raum wurde in der politischen Arbeit von Helene Wessel immer deutlich, und so hat sie dann auch helfen wollen, das voranzubringen, was immer noch nicht erreicht ist: Ich meine den Brückenschlag zur katholischen Kirche. Helene Wessel hat mit ihrem Eintritt in die SPD und ihrer Empfehlung an die Zentrumskollegen, ebenfalls die SPD zu ihrer politischen Heimat zu machen, deutlich machen wollen, daß überzeugte Katholiken auch in der SPD mitarbeiten können und sollen, um auf diese Weise auch dem katholischen Bevölkerungsanteil in der anderen großen Volkspartei ein stärkeres Gewicht zu geben. Ihr Tod vor nunmehr fast zehn Jahren war ein schwerer Verlust für die SPD.

(-/6.7.1978/vo-he/hgs)